№ 376-378
B 186-187

Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 11. August 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

20000 Mark

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsst.): i. V. Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3698, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vor einem Regierungswechsel.

Eine Fraktionssitzung der Sozialdemokraten entzieht dem Kabinett Cuno das Vertrauen. / Bereitwilligkeit zu einer Regierung der Großen Koalition. / Finanzreform, Währungsreform, Reichswehrreform, aktive Außenpolitik gefordert.

Die Bedingungen der VSPD.

Im Reichstage, wo heute im Zeichen von schwarz-rot-gold die feierliche Feier des Verfassungstages abgehalten wurde, haben unmittelbar danach Beratungen der Parteien stattgefunden, die sich mit der Möglichkeit eines Regierungswechsels und der Bildung der Großen Koalition befaßten. Um 2 Uhr trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um sich über ihre fernere Haltung gegenüber der Regierung Cuno und über ihre Teilnahme an der Großen Koalition zu entscheiden, um 4 Uhr nachmittags die Parteien der Arbeitsgemeinschaft.

Das Ergebnis war die Annahme einer Resolution, in der der Regierung Cuno das Vertrauen der Fraktion entzogen und die Bildung einer Regierung der großen Koalition gefordert wird. um das Vertrauen der breiten Massen zu gewinnen. Als Bedingung für die Teilnahme der Sozialdemokratie werden gefordert:

Finanzreform,

Auflösung der Reichswehr vo nallen illgalalen Organisationen,

Aktive Außenpolitik zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unter Wahrung der Integrität des Reiches und der Einheit der Nation.

Daß die Frage eines Regierungswechsels förmlich von einer Stunde zur anderen akut geworden ist, mag Verwunderung erregen, da alle Erörterungen einer Regierungskrise, die sich vor kurzem an den bekannten Alarm-Artikel der „Germania" geknüpft haben, sehr bald aufhörten und der Wunsch aller Parteien deutlich wurde, eine Regierungskrise während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zu vermeiden. Wie ehrlich dieser Wunsch war, hat der Verlauf der politischen Debatte und die rasche Erledigung der Steuervorlagen der Regierung gezeigt. Das außenpolitische Programm des Kabinetts Cuno hat die Zustimmung aller großen Parteien gefunden, und die Steuervorlagen — die das innerpolitische Notprogramm darstellen — sind gestern abend nahezu einhellig angenommen worden. Die Regierung Cuno konnte feststellen, daß der Reichstag gegen den außenpolitischen Kurs nichts einzuwenden und hinsichtlich der Steuervorlagen bereitwilligst auch sehr weitgehende Forderungen bewilligt hat. Wenn trotzdem schon gestern nachmittag die ersten einleitenden Schritte zur Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition getan wurden, so lag darin offenbar nicht eine Stimmsänderung der Parteien, wurde nicht auf einen Sturz der Regierung Cuno hingearbeitet, deren Rücktritt man noch zwei Tage vorher hatte vermeiden wollen; die Erklärung war eher darin zu finden, daß die Parteien glaubten, nunmehr nach der Verabschiedung des von ihnen geforderten Finanzprogramms keinen Widerspruch mehr erheben zu dürfen, wenn Reichskanzler Cuno den Wunsch hegte, die schwere Last seines Amtes auf andere, kräftigere Schultern zu legen. In parlamentarischen Kreisen war es bekannt, daß sowohl Reichskanzler Cuno wie auch einige Mitglieder seines Kabinetts nur aus Pflichtgefühl noch im Amte blieben, und der Reichskanzler hatte kein Geheimnis daraus gemacht, daß er gern den Platz räumen würde, wenn der Reichstag einen anderen Mann seines Vertrauens an seine Stelle setzen wolle. Dazu schienen die Parteien bereit.

Es hat dazu wesentlich beigetragen, daß die schlimmen Auswirkungen jener Versäumnisse, die Regierung und Reichsbankleitung in den letzten Wochen und Monaten verschuldet haben: Mangel an Lebensmitteln, Mangel an Banknoten, die den Kreislauf der Wirtschaft und des täglichen Lebens zu unterbrechen drohten, eine steigende Erregung nicht nur in den Massen der Arbeiter hervorgerufen haben, die bedenkliche Dimensionen annahm, und daß es ratsam erschien, nicht nur eine breitere Basis für die Regierung zu schaffen, sondern sie auch neuen Männern anzuvertrauen, die mit diesen Versäumnissen nicht belastet sind und mit äußerster Energie für rasche Beseitigung der sozialen Gefahrenmomente sorgen.

Eine Regierung, die in dieser Richtung einen so erheblichen Mangel an Voraussicht und an führender Entschlossenheit gezeigt hatte, schien weniger dazu geeignet, als ein neues Kabinett, das aus energischen Persönlichkeiten zusammengesetzt wäre und die starkere Rückendeckung der Großen Koalition hätte.

Man darf annehmen, daß diese Erwägungen die Parteien der Arbeitsgemeinschaft gestern zu dem Beschlusse führten, sich zur **sofortigen Bildung der großen Koalition bereit zu erklären.** Die sozialdemokratische Fraktion ist, wie erwähnt, erst heute nachmittag zusammengetreten. In diesem Kreis hat sich zweifellos ein Wandel in der Haltung gegenüber dem Kabinett Cuno vollzogen. Auch die Sozialdemokratie hatte bis vor wenigen Tagen, wie man den Äußerungen ihrer Presse entnehmen konnte, nicht den Wunsch, einen schnellen Regierungswechsel herbeizuführen. Aber am Freitag hatte die Reichsbank ihre Kasse aus Notenmangel schließen müssen. Am Freitag haben in vielen großen Betrieben die Arbeiter entweder gar keinen Lohn erhalten oder nur kleine Abschlagszahlungen, haben sich mehrere große Firmen genötigt gesehen, eigenes Notgeld herauszugeben, haben Zehntausende von Arbeitern einfach die Betriebe verlassen, ist das Berliner Elektrizitätswerk stillgelegt worden, begann passive Resistenz in einzelnen Eisenbahnbetriebswerkstätten, kamen aus mehreren Städten im Reiche Meldungen über Hungerkrawalle und blutige Unruhen. Von den Gewerkschaften und von den Massen der Sozialdemokratie wurde die Regierung Cuno für die Ursachen aller wirtschaftlichen Nöte verantwortlich gemacht. Es ist zweifellos, daß die sozialdemokratischen Führer mit aller Energie beruhigend und mäßigend auf ihre Massen eingewirkt haben, aber andererseits mußte sich unter dem Druck dieser Folgeerscheinungen schwerer Regierungsversäumnisse ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett verschärfen.

Am Montag soll im Reichstag die Abstimmung über den Mißtrauensantrag stattfinden, den die Kommunisten eingebracht haben. In parlamentarischen Kreisen hielt man es heute nachmittag für mindestens sehr unwahrscheinlich, daß die sozialdemokratische Fraktion, wie die Dinge jetzt liegen, sich dazu entschließen könnte, gegen dieses Mißtrauen zu stimmen oder in irgend einer Form dem Kabinett Cuno indirekt das Vertrauen auszudrücken. Die Sozialdemokratie ist sich aber nicht im Zweifel darüber gewesen, daß die selbstverständliche Konsequenz eines Mißtrauensvotums und eines hierdurch hervorgerufenen Regierungswechsels die Bereitschaft sein müsse, in der nachfolgenden Regierung die Verantwortung mit zu übernehmen.

Der oben erwähnte Beschluß der Sozialdemokratie schafft die Möglichkeit für die große Koalition. Jetzt kann die Konsequenz daraus gezogen werden. Denn schnelles Handeln tut not. **Der kommunistische Aktionsausschuß hat heute mittag einen Generalstreikbeschluß mit leichter Mühe durchgesetzt, und die „Rote Fahne" fordert zum sofortigen Generalstreik, zunächst bis Dienstag, auf.**

Man wird diesen Generalstreikbeschluß nicht allzu tragisch nehmen dürfen, denn gleichzeitig fordern die Gewerkschaften die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf, dieser Generalstreikparole nicht Folge zu leisten. Alles spricht dafür, daß man zwar mit Teilstreiks rechnen muß, aber keineswegs mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung, die die Situation nur noch verschlimmern würde.

Die Buchdrucker haben die Arbeit wieder aufgenommen und damit auch den Notendruck. Bei der Masse der Arbeiterschaft zeigt sich der gute Wille, kommunistischen Hetzparolen nicht Folge zu leisten. Was sie erregt, ist die Sorge ums Brot, die Sorge ums tägliche Leben, die Sorge um die Zukunft. Diese Sorge muß rasch gemildert werden. Und unzweifelhaft würde man es weithin begrüßen, wenn eine Regierung von starker Entschlußkraft und Aktionsfähigkeit in diesen schweren Stunden das Ruder ergreifen würde.

Einschreiten gegen die „Rote Fahne".

Wie verlautet, wurden im Laufe des Nachmittags Redaktion und Maschinensaal der „Roten Fahne" von Polizeimannschaften besetzt. Ueber die Gründe der Besetzung ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Das Vorgehen erfolgte auf Grund der Aufrufe zum verfassungswidrigen Sturz der Regierung.

Die englische Note an Frankreich.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wie **London,** 11. August.

Die Note an Frankreich und Belgien zerfällt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt ist dem Nachweis gewidmet, daß nach Englands Auffassung Poincarés den Friedensvertrag falsch auslegt. Es wird auf das Urteil der englischen Kronjuristen verwiesen, wonach Frankreich nicht das Recht habe, ohne Zustimmung der übrigen Alliierten außer in dem altbesetzten Gebiet, militärische Sanktionen anzuwenden. In einem weiteren Abschnitt wird versichert, daß England im Ruhrkonflikt nie gegen seine Alliierten Partei ergreifen werde, daß es aber auch nicht in der Lage sei, Deutschland aufzufordern, den passiven Widerstand aufzugeben. Die Abschnitte 3 und 4 besagen, wie England sich die Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit denkt und wie das Ergebnis einer solchen Abschätzung für die Zahlung der Reparationen nutzbar gemacht werden könnte und endlich, wann die Möglichkeiten vorhanden seien, unter den Alliierten die Schuldenregelung vorzunehmen.

Wie bereits wiederholt angekündigt, schlägt die Note nochmals den englischen Plan von der Pariser Konferenz vor, mit der Einschränkung, daß die Reparationskommission beauftragt werden soll, festzustellen, wann und wieviel Deutschland zahlen könne. Endlich wird in der Note ausgeführt, daß England **entweder von Deutschland oder den Alliierten als Rückzahlung ihrer Schuld jährlich soviel erhalten müsse, wie es an Amerika zu zahlen habe. Würde Deutschland durch eine vorsichtige und unwirtschaftliche Politik zahlungsunfähig gemacht, so müsse automatisch Englands Forderung an die Alliierten auf Rückzahlung ihrer Schuld gestellt werden.**

Da in dem neuen Schriftstück kein Wort vorkommen soll über Englands Entschlossenheit, eine selbständige Politik der wirtschaftlichen Rettung Deutschlands zu verfolgen, wenn Frankreich und Belgien auf diesen neuen englischen Vorschlag nicht eingehen, ist man in der Regierungspartei und in der Opposition bezüglich der Zweckmäßigkeit dieses neuesten Schrittes wenig hoffungsvoll gestimmt.

London, 11. August. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, heute werde die britische Note an Frankreich und Belgien den Londoner Botschaftern der beiden Länder zugestellt werden. Die Note enthalte ungefähr 8000 Worte und werde am Montag in dem Blaubuch veröffentlicht werden, das die verschiedenen Dokumente über die alliierten Verhandlungen enthalte.

Saarzeugnis für den Völkerbund.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

aus **Frankfurt a. M.,** 10. August.

Nach Mitteilungen, die der Saarbrücker Großindustrielle Hermann Röchling in einer dortigen Versammlung gemacht hat, ist der Vorrat an Kohle im Saargebiet derart groß, daß die Halden in Kohlen ersticken. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der Tatsache, daß Frankreich alle Eisenbahnen nach dem Ruhrgebiet gebraucht und keine Möglichkeit eines verstärkten Abtransports der Kohle hat. Röchling sprach im gleichen Zusammenhang von dem politischen Kampf, der im Saargebiet augenblicklich geführt werde. Er denke über seinen Ausgang durchaus optimistisch. **Eine besondere Bedeutung habe der Völkerbund, das wichtigste Ergebnis der gewaltigen Umformung Europas nach dem Kriege. Ihm sei es zu verdanken, daß allmählich das Saargebiet zu seinem Rechte komme.** Die Zahl der französischen Truppen sei von 10 000 auf 2900 zurückgegangen. Die Lembesjägertruppe entwickle sich gut. Die Demission Waughs sei sehr bedauerlich; er sei das einzige Mitglied der Regierung, dem das Saargebiet Dank schulde. Röchling gab der Hoffnung Ausdruck, daß Waugh bleibe und dem Saargebiet weiterhin ein treuer Anwalt seiner Rechte sei.

Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat am 10. August eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen auf Grund des Ausnahmeartikels der Reichsverfassung (48). Die Verordnung bevollmächtigt den Reichsinnenminister, alle periodischen Druckschriften auf die Dauer bis zu sechs Monaten bzw. wenn es sich um Tageszeitungen handelt, bis zu vier Wochen zu verbieten, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes auffordern oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten auffordern oder anreizen

Die neuen Steuergesetze angenommen.

150 Billionen Ertrag.

Ueber die Gesamtheit der Notmaßnahmen und der Steuergesetzgebung, die Reichsregierung und Reichstag beschlossen haben, wird die folgende halbamtliche Mitteilung verbreitet:

Um die große wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Tage für die Bevölkerung zu überwinden, sind zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden. Namentlich ist auch Behebung der Schwierigkeit, die sich durch die Arbeitsstockung in der Reichsdruckerei ergeben hat, die Herstellung von Zahlungsmitteln so beschleunigt worden, daß die Betriebe heute, Sonnabend, in der Hauptsache die fälligen Lohnzahlungen voraussichtlich werden leisten können. Auch die Herausschaffung von Margarine ist so gesteigert, daß bereits für Sonnabend und Montag mit einer erheblichen Erleichterung zu rechnen ist.

Die Grundlage für diese Erleichterung bildet die Tatsache, daß für die Lebensmitteleinfuhr, wie schon bekanntgegeben worden ist, 50 Millionen Goldmark von den verschiedenen Gruppen der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Für die Goldanleihe sind von der Wirtschaft so große Zeichnungen in Aussicht gestellt, daß das Reich über einen ihnreichenden Vorrat an Devisen für die lebenswichtige Einfuhr auf längere Zeit hinaus verfügen wird. In der Goldanleihe erhalten ferner alle Kreise, insbesondere auch die Landwirtschaft, eine wertbeständige Anlage, die dazu beitragen wird, daß die Stockung in der Zufuhr nach den Städten überhaupt aufhört. Die Vertreter der Landwirtschaft haben sich verpflichtet, mit allen Mitteln die Belebung der Zufuhr zu betreiben.

Dazu kommt die große gesetzgeberische Arbeit des Reichstags, der in dreitägiger angestrengter Arbeit entsprechend dem Ernst der Zeit eine Fülle von Gesetzen verabschiedet hat. Der Reichstag hat beschlossen:

1. eine Rhein-Ruhrabgabe. Diese Abgabe ist auf den Einkommensteuer-Vorauszahlungen für August, Oktober und Januar und verlangt den doppelten jeweiligen Betrag dieser Einkommensteuer-Vorauszahlungen. Die Vorauszahlungen selbst werden vom 25fachen auf das 400fache erhöht. Wer z. B. für 1922 eine Million Einkommensteuer zu zahlen hatte, hat im August, Oktober und Januar je 100 Millionen Mark Vorauszahlung und 200 Millionen Mark Rhein-Ruhrabgabe, also je 300 Millionen M. zu zahlen. Dabei können die Ratenzahlungen vo mOktober und Januar bei Markverschlechterung weiter erhöht werden. — Für Aktiengesellschaften und sonstige Erwerbsgesellschaften gelten entsprechende Zahlen.

2. Automobilsteuer. Die Automobilsteuer beträt nunmehr das 50fache deram 1. September geltenden Satze. Es sind zum Beispiel für einen 25-PS-Wagen 900 Millionen Mark Steuern zu zahlen.

3. Besteuerung der Betriebe. Dieses neue Steuergesetz sieht vor, daß die industriellen, Handels- und gewerblichen Betriebe den zweimaligen Betrag des Steuerabzuges vom Arbeitslohn für 6 Monate als besondere Abgabe zu entrichten haben. — Landwirtschaftliche Betriebe haben für je 2000 M. Wehrbeitragswert 6 Monate lang je 1,50 M. Goldmark im Monat zu zahlen.

4. Das Steuerzinsgesetz gibt dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung zu Zuschlägen, die Geldentwertung und Verzug ausgleichen sollen.

5. Bei den Verbrauchssteuer ist beschlossen, eine Erhöhung der Biersteuer und wesentliche Verkürzung der Zahlungsfristen bei nahezu allen Verbrauchssteuern.

Die Steuergesetze treten sofort in Kraft, da die Zahlungen bereits im August fließen sollen.

Wenn heraus nach am Montag die Goldanleihe bewilligt sein wird, so wird der Reichstag ein Notprogramm von größtem Ausmaße bewilligt haben. Die Arbeit des Reichstags ist geeignet, zur Behebung der starken Beunruhigung beizutragen, die in den letzten Tagen durch Markfurz, Knappheit an Lebensmitteln wie an Zahlungsmitteln hervorgerufen worden ist. Weite Schichten der Bevölkerung sind in ernste Schwierigkeiten und in eine schwere Lage geraten. Es besteht aber alle Aussicht, daß die gleichzeitig mit den Steuervorlagen von der Regierung nach den verschiedensten Seiten geführten Verhandlungen diese Schwierigkeiten in kürzer Frist behoben haben werden.

Im Verein mit den Steuerbewilligungen werden diese Maßnahmen auch dahin wirken, daß das Vertrauen des Auslands in die deutsche Finanzwirtschaft wieder zunimmt und daß der Verfall der deutschen Währung zum Stillstand gebracht wird.

Die Erträge.

Dem „Vorwärts" zufolge werden die Erträge aus den neuen Steuern folgendermaßen geschätzt:

1. Erhöhte Vorauszahlungen:: 60 Billionen,
2. Ruhrabgabe: 40 Billionen,
3. Kraftfahrzeugsteuer: 15 Billionen,
4. Betriebssteuer: 60 Billionen (120 Goldmillionen),
5. Landwirtschaftssteuer: 108 Billionen (216 Goldmillionen).

Im Laufe des Monats August sollen rund 150 Billionen Papiermark in die Reichskasse fließen. Das ist ungefähr das Doppelte des gegenwärtigen Notenumlaufes.

Hergabe von Devisen zur Markstützung.

In der Absicht, eine neue Marksturzaktion — aber nicht mit dem Gold der Reichsbank — einzuleiten, ist die Regierung an Industrie, Handel und Banken herangetreten, zur Bildung eines Devisen-Stützungsfonds bei der Zeichnung der Goldanleihe auch Devisen herzugeben.

Wie wir vom Reichsverband für Industrie hören, ist eine grundsätzliche Zusage gegeben worden. Eine Bindung an eine bestimmte Summe — es sind 200 Millionen Goldmark genannt worden — ist jedoch nicht erfolgt und nicht gefordert worden.

Industrie, Handel und Banken stellen auch noch die Bedingung, daß die bürokratische Langsamkeit bei der Ausgabe der Goldanleihe beseitigt werde. Es sei nicht möglich, am 15. August Devisen herzugeben und erst am 15. September Goldanleihe dafür zu erhalten. Die Hergabe von Devisen könne nur Zug um Zug gegen Empfang der Goldanleihe erfolgen.

Die Verfassungsfeier.

Die Veranstaltung im Reichstage.

Die junge Republik erlebt ihren Verfassungstag in einem Augenblick allertiefster Sorge. Kein Schimmer festlichen Glanzes liegt auf den Straßen. Wohl sind die Linden belebt und wie immer, wenn ein Aufgebot von Schutzmannschaft notwendigste Sicherungen vornimmt, haben sich Gruppen und Reihen von Neugierigen geblidet. Aber die Not des Tages ist in fast jedem Gesicht ausgeprägt. Spärlich ist der Fahnenschmuck. Nur in der Wilhelmstraße, dem Sitze so vieler Behörden, kommt es zu einem rauschenderen Akkord von Schwarz-Rot-Gold.

Das Reichstagsgebäude, von einem starken Schupoaufgebot geschützt, ist der Schauplatz der einzigen öffentlichen Verfassungsfeier. Auf den Bänken der Abgeordneten sowie auf den Tribünen und in den Logen haben die Eingeladenen Platz genommen. Unten die Vertreter von Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft. Eine besondere Vertretung der Ausgewiesenen aus den besetzten Gebieten hat in einer Loge Platz gefunden. Der Saal selbst trägt sparsamen Girlandenschmuck und die schon im Vorjahre verwendeten schildförmigen Länderwappen sind eine large Zier. Neu ist die Füllung der sonst leeren Wandfelder über dem Präsidium. Hier erscheint der Reichsadler, flankiert von den Wappen der besetzten Gebiete, und als Inschrift sind die Einleitungsworte der Verfassung eingesetzt.

Um 12 Uhr mittags sind Saal und Tribünen gefüllt. Der Reichskanzler hat mit dem Reichsministerium auf der gewohnten Bank Platz genommen. Der Reichspräsident, durch allgemeines Erheben begrüßt, erscheint, begleitet von Reichsminister des Innern, dem preußischen Ministerpräsidenten sowie dem Schöpfer des Verfassungsentwurfes Professor Preuß in der Diplomatenloge.

Nach einleitendem Gesang hält Prof. Dr. Gerhard Anschütz der Rektor der Heidelberger Universität, eine Festrede. Er betont in erster Linie das Verdienst der Nationalversammlung, die durch Schaffung der Verfassung die Einheit des Reiches gerettet habe.

Näher an die Sorgen des Tages führte der zweite Redner, Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg, der Präsident des rheinischen Provinziallandtages, dessen überaus warmherzige Ansprache die ungeteilteste Aufmerksamkeit fand. Jarres betonte: Wie der Einzelne auch zu der Verfassung stünde, jetzt sei der Augenblick, wo alle Hände sich ineinanderlegen müßten. Gewiß haben sich unter dem furchtbaren Druck auch soldeche Charakterexemplaren entfaltet, aber es haben sich auch Tugenden in höchstem Maße bewährt. Wenn er selbst als Rheinländer wünsche, daß der Kampf gegen die Bedrücker, wie es vielleicht ein anderes Volk getan hätte, mit größerem Temperament geführt worden wäre, so sei doch das deutsche Volk unübertroffen in der Zucht und Disziplin, mit der es diesen furchtbaren Kampf führe.

Der Reichskanzler habe vor einigen Tagen mit Recht betont, welch bleibenden Haß die Franzosen im Rheinlande säen. Von der Art, wie die Bedrücker dort auftreten, erzählte er eine Episode. Bekanntlich fordern die Besatzungsbehörden von der Zivilbevölkerung Wachdienst an den Eisenbahnen. Bis jetzt habe alle Gemeinden und Behörden diesen Dienst abgelehnt. In einem kleinen Orte, in der Nähe von Trier, wurde auf diese Ablehnung hin **Bewohnern gedroht, daß, wenn sie nicht den Dienst sofort aufnehmen, sämtliche männlichen Einwohner ausgewiesen und die Wohnungen mit farbigen Truppen belegt werden. Heftige Pfiffe** aus dem ganzen Saal. Hieraus haben sich die Bewohner entschließen müssen, den geforderten Wachdienst zu übernehmen, aber der Zynismus der Franzosen werde im Rheinlande unvergessen werden. Zum Schluß entrüstete Oberbürgermeister Dr. Jarres eine dringende Mahnung an die Landwirtschaft, das Rheinland in seinem ampf durch schnelle Milieferung des Getreides zu unterstützen.

Jarres brachte dann das Hoch auf das Vaterland aus.

Das Deutschlandlied beendete die Feier.

Eine Milliarde für Altersschäfte.

Der Reichspräsident hat anläßlich des Verfassungstages aus Mitteln, die ihm von privater Seite zur Verfügung gestellt sind, den Betrag von einer Milliarde Mark bewilligt zur Linderung der Not der erwerbsunfähigen und gebrechlichen alten Leute. Die Spende wird durch die örtlichen Wohlfahrtsorganschiffte zur Verteilung gelangen.

Kommunistische Generalstreikforderungen.

Die Gewerkschaften gegen politische Streiks.

Der „Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte", eine kommunistische Agitationsstelle, veranstaltete heute morgen eine „Generalversammlung der Betriebsräte von Groß-Berlin", in der unter kommunistischem Druck beschlossen wurde, den „Generalstreik in Groß-Berlin zu erklären", der bis zum Dienstag dauern sollte. Als Forderungen wurden folgende Punkte, die den kommunistischen Parolen entsprechen, aufgestellt:

1. Sofortiger Rücktritt der Regierung Cuno;
2. Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung;
3. Sofortige Anerkennung der politischen Kontrollausschüsse;
4. Aufhebung des Verbotes der preußischen Hundertschaften;
5. Festsetzung eines Mindest-Stundenlohnes von 60 Friedenspfennigen bei Arbeitern und Angestellten;
6. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und Beschäftigung der Kriegsbeschädigten;
7. Aufhebung des Demonstrationsverbotes und Ausnahmezustandes;
8. Freilassung aller politischen Gefangenen."

Obgleich die politische Spannung und die wirtschaftliche Unzufriedenheit in weiten Kreisen eine nervöse und erregte Stimmung geschaffen hat, traten die Gewerkschaften wie auch die sozialdemokratische Partei der Generalstreikagitation entschieden entgegen. Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Afa-Ortskartell hielten gestern eine Vorständekonferenz unter Beteiligung der Zentralinstanzen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei ab, in der die kommunistischen Treibereien zurückgewiesen wurden. An die organisierte Berliner Arbeiterschaft wurde die dringende Aufforderung gerichtet, nur dem Rufe der Gewerkschaftsorganisationen zu folgen.

Von gewerkschaftlicher Seite wird ausdrücklich erklärt, daß die Beschlüsse der Betriebsrätevversammlung den gewerkschaftlichen Auffassungen widersprechen und höchstens von den Kommunisten beachtet werden.

Für eine wirtschaftliche Lösung.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wt **Paris**, 11. August.

Von der englischen Note wird eine Aenderung der Lage nicht erwartet. Der „Petit Parisien" erklärt, die neue englische Note scheine bestimmt zu sein, als Propagandadokument die Wirkung der kürzlich veröffentlichten französischen und belgischen Noten in der Welt zu bekämpfen. Ein Fortschritt der Verhandlungen sei von ihr nicht zu erwarten.

Das Ereignis des gestrigen Tages für die Pariser politischen Kreise ist der Vorstoß des Comité des Forges gegen die Berater Poincarés, insbesondere gegen den politischen Direktor des Quai d'Orsay Perretti de la Rocca. Die „Journée Industrielle" und die Wochenschrift „L'Opinion" fordern die Regierung auf den gegenwärtigen günstigen Zeitpunkt zu benutzen, mit einer eigenen positiven Programm vor die Welt zu treten. Eine große Rolle spielt in diesen Plänen die sogenannte Politik der „industriellen Beteiligung". Perretti de la Rocca wird gänzlicher Mangel an Verständnis für Wirtschaftsfragen vorgeworfen. Der Vorstoß wurde gestern abend im „Journal des Débats" mit großer Entschiedenheit fortgeführt. Hier verlautet, diese Pressekampagne sei nur der Abschluß einer hinter den Kulissen vor sich gegangenen Bewegung, deren Ziel die Gewinnung Poincarés für eine richtigere Würdigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte war. Diese Bemühungen haben augenblick einen gewissen Erfolg gehabt. Trotzdem wäre es, wie gleich betont sei, sicher falsch, vorschnell anzunehmen, daß die Wünsche der vom Elysée unterstützten industriellen Kreise nunmehr sofort in Erfüllung gehen. Es kann aber als sicher gelten, daß diese Kreise im Falle einer deutschen Initiative immerhin beträchtlichen Einfluß zugunsten einer raschen positiven Regelung erlangen könnten.

Das „Journal des Débats führt in einem aufsehenerregenden Leitartikel aus, für Frankreich sei der Augenblick gekommen, in der Reparationspolitik eine „Aera der praktischen Realisationen" zu eröffnen. Es sei notwendig, sich jetzt offen zu erklären, denn die größten Interessen Frankreichs stehen auf dem Spiele. England wolle wissen, was Frankreich nach Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu tun gedenke. Frankreich habe keinen Grund, den Engländern diese Auskunft vorzuenthalten, denn es habe nichts zu verbergen. Das Schweigen der Regierung sei geeignet, den völlig unbegründeten Verdacht zu erwecken, daß Frankreich im Ruhrgebiet geheime Pläne verfolge, die es nicht eingestehen könne. Das Blatt fordert Poincaré auf, präzise Angaben darüber zu machen, wie die Ruhraktion sich im Falle der Einstellung des deutschen Widerstandes entwickeln würde. Es glaubt die Ansichten der Regierung in folgender Weise formulieren zu können: Möglichst unsichtbare Besetzung unter Verhütung des Kontaktes zwischen Soldaten und Arbeitern, Kontrolle der Produktion des Ruhrgebietes durch intlingenieure, Rückkehr der Ausgewiesenen, soweit sie nur die Befehle der Berliner Regierung ausgeführt und nicht zu Gewalttaten aufgefordert haben, staffelweise Räumung nach Maßgabe der deutschen Zahlungen. Festsetzung eines preußischen Räumungsplanes, sobald ein Reparationsplan vereinbart sei,

Das „Journal des Débats" hält es für nützlich, daß Deutschland sofort erfahre, wie Frankreich sich die weitere Entwicklung im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes denkt. Das Blatt meint, dadurch könne die Erneuerung einer zur Verständigung bereiten deutschen Regierung erleichtert werden. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß der Zusammenbruch Deutschlands den Interessen Frankreichs entspräche. Die gegenwärtige passive Haltung der französischen Regierung könne vielleicht „kleine vorübergehende Erfolge, die der Eigenliebe schmeicheln", herbeiführen, aber es sei nicht wahr, daß die Zeit notwendig für Frankreich arbeite. Das Blatt fordert zum Schluß die Regierung auf, durch eine offene Initiative positive Ergebnisse zu sichern, gleichzeitig die Einigung mit Belgien zu festigen und die Entente mit England zu retten.

Der Kampf um den Koks.

Auf Zeche II/III der Zeche Dorstfeld ist eine moderne Kokerei mit chemischen Anlagen vorhanden. Die Franzosen verlangten nun nach der Besetzung des Schachtes elektrischen Stromstrom zum Betriebe der Kokerei. In einer Belegschaftsversammlung wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Die Ingenieurkommission hat jetzt für Zeche Dorstfeld die Heranziehung französischer Arbeiter angekündigt, die in den Kolonienwohnungen der Belegschaftsmitglieder untergebracht werden sollen. Die Bergarbeiter werden wohl in der nächsten Zeit ihr Wohnungen räumen der Zeche. XXmDgßeaochtschtll 49ßDßXßßßßßß müssen, um den fremden Arbeitern Platz zu machen. Dagegen sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Franzosen auch eine Ausweisung der Bergarbeiter planen.

Erklärungen des Oberbürgermeisters Böß.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts-Werke sind heute vormittag in passive Resistenz eingetreten. Infolgedessen mußte die Straßenbahn wegen Stromangels stillgelegt werden, obwohl die Straßenbahner zu arbeiten bereit waren. Der Oberbürgermeister hat sich sofort mit den Werken in Verbindung gesetzt, und eine Zusammenkunft mit den Betriebsräten, einem Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes und mit der Direktion gehabt. In eindringlicher Weise stellte er den Arbeiterführern den Ernst der Lage dar. Politische Ziele dürften durch einen Generalstreik nicht erreicht werden, Berlin sei nicht das Deutsche Reich und die Betriebsräte nicht das deutsche Volk. Der Schaden, der in Berlin entstehen würde, sei unermeßlich. Ein Streik in größerem Umfange würde infolgedessen für die Lebensmittelversorgung verhängnisvoll werden, als in dem Augenblick der Bekanntgabe des Streiks, der die Interessen der Produzenten und Lieferanten schädigen würde, sofort die Lebensmittelzufuhr nach Berlin eingestellt werde. Den Ausführungen des Oberbürgermeisters schloß sich der Vertreter der Gewerkschaften in ähnlicher Weise an.

Verkehrswirrwarr in Berlin.

Keine Straßenbahn wegen Strommangel.

Die Verkehrsverhältnisse Berlins sind seit gestern stark in Unordnung geraten. Gestern fällt übertrafen die Einstellung eines Teiles des Hochbahnbetriebs das Publikum. Später gesellte sich die Einstellung des Vorortverkehrs der nördlichen Bahnen hinzu. Und heute früh gab es als erneute Ueberraschung: Berlin ohne Straßenbahn.

Die Straßenbahn mußte heute den Betrieb völlig stillegen. Die städtischen Elektrizitätswerke liefern der Straßenbahn keinen Strom. Es handelt sich um eine Maßnahme der Elektrizitätsarbeiter, die nicht genug verurteilt werden kann. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke, von denen man weiß, daß sie unter der radikalsten kommunistischen Führung stehen, haben passive Resistenz proklamiert. — Sie erklären: Da der gegenwärtige Lohn nur den den zwölften Teil des Friedenslohns ausmacht, wird auch nur ein zwölftes Arbeit geleistet.

Sie haben diesen Beschluß in die Tat umgesetzt und zunächst die Stromzufuhr an die Straßenbahn abgeschnitten. Die Straßenbahn wäre allerdings in der Lage, auch aus anderen Quellen ihre Motorwagen zu speisen und wenigstens auf einigen Strecken den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Elektrizitätsarbeiter haben aber den Straßenbahnern mitteilen lassen, daß sie die Stromabgabe auch für Notstandsarbeiten und Krankenhäuser sofort einstellen würden, wenn sie mit Hilfe fremden Stromes fahren würden.

Die Betriebsbeschränkung bei der Hochbahn war darauf zurückzuführen, daß die Werkstättenarbeiter in einen Streik getreten waren, weil sie die Kündigung von drei ihrer Kollegen, die als die Hauptführer beim wilden Streik angesehen wurden, als ungerecht ansahen. Sie verlangten von der Direktion die Wiedereinstellung der drei Arbeiter. Als dies nicht geschah, ist der Streik in der Werkstatt ausgebrochen.

Der Betrieb der Untergrundbahn konnte, da ein Teil des anderen Personals teils gewungen, teils freiwillig mit in den Streik trat, nur auf der Hauptstrecke aufrecht erhalten werden. Die Nordsüdbahn und die Oststrecke Gleisdreieck—Warschauer Brücke mußten feiern. Im Laufe des gestrigen Tages sind aber die Differenzen beigelegt worden, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit in der Werkstätte erfolgte.

Dadurch war es möglich, heute früh die Hochbahn in vollem Umfange verkehren zu lassen. Durch die inzwischen erfolgte Einstellung des Straßenbahnbetriebes ist die Hochbahn zur Einsetzung aller ihrer Betriebsmittel gezwungen. Sie führt ihre Züge in der schnellstmöglichen Folge.

Auch der Eisenbahnverkehr ist durch Teilstreiks in Mitleidenschaft gezogen. Seit gestern früh streiken die Arbeiter der Werkstätten auf dem Stettiner Bahnhof, Pankow und der Betriebswerkstätte Potsdamer Bahnhof. Das hatte eine völlige Einstellung des Vorortverkehrs auf den nördlichen Strecken zur Folge.

Die Stadtbahn wurde ebenso wie die Ringbahn weniger betroffen. Man konnte einen geregelten Verkehr aufrechterhalten, nur mußten einige Züge auf der Stadtbahn ausfallen.

Der Fernverkehr ist von und nach Berlin regelmäßig. Daraus ist zu schließen, daß auf den auswärtigen Strecken der Betrieb keine Störung erlitten hat. Dagegen muß im Güterverkehr mit Störungen und Verzögerungen gerechnet werden, da das Arbeiterpersonal der Verschiebe-Bahnhöfe in Pankow und in Tempelhof seit gestern im Streik steht. Ein auf dem Verschiebe-Bahnhof Rummelsburg gestern ausgebrochener Ausstand ist inzwischen beigelegt worden, so daß dort wieder der Betrieb aufgenommen werden konnte.

Siemensstadt geschlossen.

Demonstrationszüge in der Jungfernheide.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken in Siemensstadt wird, wie bei vielen anderen Großbetrieben, seit Donnerstag passive Resistenz durch die Arbeiterschaft geübt. Ein großer Teil der Arbeiter ist in die Betriebe gekommen und hat dort wenig oder gar keine Arbeit geleistet. Die Direktion der Siemens-Schuckert-Werke hat sich dieses Treiben zwei Tage lang angesehen, dann die Werkstätten in Siemensstadt geschlossen. Die Arbeiter, die heute früh zur Arbeit kamen, fanden an den Toren eine Bekanntmachung angeschlagen, in der die Arbeiterschaft für entlassen erklärt wird. Es kam zu Ansammlungen. Schließlich bildeten sich zwei Züge von 800 und 600 Personen, von dem der eine eine rote Fahne führte. Die Züge bewegten sich nach der Jungfernheide zu, wo Besprechungen abgehalten wurden.

Es ist Vorsorge getroffen, daß ein Versuch der Demonstranten, im geschlossenen Zuge nach Berlin zu gelangen, nicht zur Ausführungen kommen kann.

Beilegung des Buchdruckerstreiks

Persönliches Eingreifen des Reichskanzlers.

In später Nachtstunde ist nach langen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gestern eine Einigung zwischen den Buchdruckern und Prinzipalen zustande gekommen. Sie wurde heute vormittags von den Funktionären gebilligt; der Betrieb in den Berliner Zeitungs- und Buchdruckereien ist darauf heute nachmittag wieder allgemein aufgenommen worden.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt über die Einigung mit: Auf ein persönliches Eingreifen des Reichskanzlers fanden am Freitag unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers erneute Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne im deutschen Buchdruckgewerbe ab 4. August statt. Sie führten zu einer Einigung dahin, daß der Wochenlohn vom 4. August auf fünf Millionen in der Spitze erhöht wurde. Dies bedeutet eine Erhöhung der bisher vereinbarten Löhne um weitere 56,2 Prozent.

In der nächsten Wo chesoll der Spitzenlohn 12 664 0000 Mark betragen.

Zusammenstöße im Reich.

Teuerung und Geldknappheit.

Die Spannung, unter der das politische und wirtschaftliche Leben der letzten Tage steht, hat sich an verschiedenen Stellen des Reichsgebietes in Zusammenrottungen, Plünderungen und Schießereien entladen, wobei es nicht ohne Blutige Verluste abgegangen ist.

In Crefeld war am Freitag früh durch Flugblätter zum Generalstreik aufgefordert worden. Die Folge war, daß Trupps von Arbeitern durch die Straßen gingen und in Fabriken die Niederlegung der Arbeit erzwangen. Ein Trupp, meist junger Leute, die unter Vorantragung einer roten Fahne gegen Mittag nach dem Rathaus zogen, wurde von einem Polizeiaufgebot angehalten. Es wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Aber erst am Nachmittag gelang es dem Polizeiaufgebot, die anderängenden Massen zu zerstreuen. Da an mehreren Stellen Plünderungen von Läden und Lebensmittellagern vorgekommen waren, so durchzogen Polizeistreifen die Stadt, um Ordnung zu schaffen; sie mußten wiederholt durch Schüsse sich Angriffe fern halten. Bisher werden 1 Toter und 20 Verletzte gemeldet.

In den meisten Orten der Oberlausitz haben am Donnerstag und Freitag Lebensmittel-Demonstrationen stattgefunden. In Bautzen trat im Anschluß an die Erstürmung eines Lebensmittelzuges der proletarische Selbstschutz zusammen und suchte auf dem Bahnhof ausländische Händler abzufangen und ausgeführte Ware zu beschlagnahmen. Es wurden auch Demonstrationszüge durch die Dörfer unternommen und Lebensmittel beschlagnahmt. An einzelnen Stellen kam es dabei zu Plünderungen. In Kirschau hat die Arbeiterschaft sämtlicher Textilbetriebe beschlossen, in den Ausstand zu treten. Es wurden Automobile beschlagnahmt und Abordnungen in alle Textilorte entsandt, um die Arbeiterschaft zum Anschluß zu bewegen.

Am schwersten sind die Zusammenstöße in der Stadt Ratibor gewesen. Gestern vormittag verließen die Arbeiter ihre Betriebe und zogen nach dem Ringe, um gegen die Teuerung zu demonstrieren. Schutzpolizei wurde zurückgezogen und teilweise entwaffnet. Gegen Abend kam es zwischen Polizei und Arbeitern zu einer regelrechten Handgranatenschlacht. Die Unruhen haben nach bisherigen Feststellungen 4 Tote und 24 Verwundete gefordert. Abends trat nach Eintreffen des Oberpräsidenten und nachdem die Gewerkschaften sich verpflichtet haben, für Ordnung zu sorgen, Beruhigung ein. Die Gleiwitzer Schutzpolizei, die zur Hilfe herbeigeholt worden war, wurde zurückgezogen und die Verhaften entlassen. Die Lage bleibt gespannt, da der Magistrat und die Firmen keine Gelder zur Auszahlung von Vorschüssen zur Verfügung haben.

Auch im Waldenburger Revier ist es heute zu schweren Ausschreitungen gekommen. In Neurode wurde der Landrat, der übrigens der sozialdemokratischen Partei angehört, mißhandelt und mußte flüchten. Schutzpolizei ist hinbeordert worden.

In Breslau verlangten die Eisenbahnerverbände gestern in einer stürmischen Sitzung vom Polizeipräsidenten die Zulassung von aus Arbeitern bestehenden Kontrollausschüssen. Es gelang jedoch dem Präsidenten durch sein persönliches Eingreifen, der Staatsautorität wieder das Vertrauen der erregten Verbände zu gewinnen.

Im Küstengebiet haben Streik und Aussperrung weiter um sich gegriffen. In Hamburg sind von allen Werften nur nach zwei in Betrieb. Gestern kam es zu Zusammenstößen in der inneren Stadt, wobei ein Arbeiter verletzt wurde. Der Hamburger Senat wendet sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in der er dringend zur Besonnenheit mahnt, und einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen, vor allem Zur Beseitigung der Geldknappheit, in Aussicht stellt. In Emden wurde zum Generalstreik aufgefordert und in Lübeck haben die Belegschaften des Fieber-Werkes und des Trave-Werkes die Arbeit eingestellt.

In Brandenburg an der Havel wurde bei einer Teuerungsdemonstration scharf geschossen und ein Arbeiter leicht verletzt. Heute ist dort wieder Ruhe.

Generalstreik in Danzig.

In Danzig herrscht seit gestern Generalstreik, da die Hafen- und Holzarbeiter ihre Arbeitsstellen verlassen und die Arbeiter zahlreicher anderen Betriebe sich ihnen anschlossen. Die Forderungen der Arbeiter gehen auf zeitgemäße wertbeständige Löhne.

Ein Tag ohne Geld.

Die Reichsdruckerei arbeitet wieder.

Am Donnerstag abend hatte die Reichsbank sämtliche vorhandenen Notenbestände in den Verkehr geworfen. Trotzdem vermochte sie nur 50 bis 60 v.H. der Anforderungen zu erfüllen. In den Tresors blieben nur Zwei-, Fünf- und Zehnmarkscheine zurück. Am Freitag vormittag wurde das Zentral-Institut wieder von vielen Tausenden gestürmt. Schutzpolizei wurde zu Hilfe gerufen und sorgte für Abwicklung des Verkehrs. Die letzten aus den Notendruckereien einlaufenden Lagerbestände gelangten zur Verteilung, und darauf sah man über den Köpfen der dichtgedrängten Menge rote Plakate aufkuchen, die man sich gegenseitig aus den Händen riß. Die Reichsbank teilte auf diesen Plakaten mit, daß sie infolge des Buchdruckerstreiks keine Noten mehr habe, und daß insbesondere Lohnzahlungen an Unternehmungen jeder Art eingestellt werden müssen. Schutzpolizei zu Fuß und zu Pferde räumte langsam die Umgebung der Reichsbank, die bald vollkommen verlassen dalag.

In den Nachmittagsstunden, wurde dann die Arbeit in der Reichsdruckerei wieder aufgenommen, während sämtliche private Notendruckereien auch weiterhin noch stillagen. Die Herstellung von Noten konnte so weit gefördert werden, daß die Reichsbank heute vormittag in der Lage war, die Berliner Ansprüche in der Hauptsache zu befriedigen. Immerhin weniger Stimmen wurden 4½ Millionen ausgeworfen.

Parallel mit der Notenausgabe der Reichsbank geht die Herstellung neuen Notgeldes durch die Stadt Berlin. Die alten Stadtscheine über 100, 500 und 1000 Mark werden mit 500 000 Mark, 1 Million und 3 Millionen überdruckt. Es sollen zunächst 3 Billionen dieser Zahlungsmittel in den Verkehr geworfen werden. Die Banken haben ihrerseits Notschecks herausgegeben, und auch die Metallindustrie hilft sich durch Ausgabe von Notgeld, das in einem gemeinsamen Aufruf der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gewerbes anstelle zur Annahme empfohlen wird.

Behebung des Fettmangels.

Die Reichsregierung gibt bekannt:

Heute und morgen kommen 500 000 Pfund Fett für die Berliner Bevölkerung in den Verkehr.

Die Dollar-Bewegung.

Amtlich gestern 3,9 Mill. — Heute Rückgang.

Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln war sowohl im gestrigen Vormittagsfreiverkehr als auch während der gestrigen amtlichen Notierungen nur gering. Die Umsätze hielten sich in engen Grenzen. Devisen eröffneten vormittags etwa auf Basis des nachbörslichen Markkurses der vorgestrigen New-Yorker Börse. Der Dollar stellte sich im Freiverkehr zunächst auf 3 500 000. englische Pfunde wurden mit etwa 16 Mill. umgesetzt. Später trat eine Befestigung ein, die aber zu Beginn der amtlichen Notierungen im Einklang mit den aus dem Auslande eingelaufenen Markmeldungen wieder einer leichten Abschwächung Platz machte.

Der Dollar stellte sich amtlich auf 3 960 000, englische Pfunde auf 18 Mill. Die Zuteilung wurde in einer Reihe von Devisen erhöht. Nach Feststellung der amtlichen Notierung zogen die Kurse wieder leicht an, gaben gegen Abend jedoch wieder nach. Der Dollar bewegte sich etwa zwischen 3 800 000 und 4 Mill.

Im heutigen Frühverkehr herrschte ziemlich starke Zurückhaltung, infolge des Ausbleibens der Notierungen von der New-Yorker Börse, die wegen der Beisetzung Hardings gestern geschlossen blieb. Der Dollar wurde im Vormittagsfreiverkehr etwas über den Abendkursen mit etwa 4 300 000 genannt, englische Pfunde mit etwa 19—20 Mill.

Aenderung in der Berechnung des Goldzollaufgeldes. Bisher ist das Goldzollaufgeld seitens des Reichsfinanzministeriums am Donnerstag einer jeden Woche auf Grund des Dollarkurses der letzten drei Wochen errechnet worden. Es hatte Gültigkeit vom Mittwoch der nächsten Woche bis zum Dienstag der darauffolgenden. Die diesen Art der Berechnung der tatsächlichen Entwertung der Mark nicht Rechnung trug, wird vom Mittwoch, den 15. August, ab die Goldzollaufgeld neu festgesetzt, und zwar nur nach dem durchschnittlichen Dollarkurse der letzten Woche. Es tritt am Sonnabend, dem 18. August, in Kraft und hat bis einschließlich Freitag, 24. August, Gültigkeit. Vom 25. August ab läuft die Gültigkeit des Goldzollaufgeldes stets von Sonnabend einer Woche bis zum Freitag der nächsten. Die Veröffentlichung der Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe in Gold wird der Veröffentlichung des Goldzollaufgeldes angepaßt.

Der Mangel an Reichsmark in Polen. Trotzdem an der gestrigen Warschauer Börse die Reichsmark mit einem halben Polenpfennig notierte, hat, wie uns unser Warschauer Korrespondent drahtet, die polnische staatliche Darlehnskasse (Staatsbank) die Reichsmarkkäufe eingestellt. Begreiflicherweise ist, daß in keiner der Warschauer privaten Großbanken Reichsmark erhältlich war, angeblich wegen Mangels an Material. Im Privatverkehr wurden für Reichsmark Kurse gefordert, die nur mehrfache des offiziellen Kurs übertrafen.

Der Roheisenverband hat die Preise für Siegerländer Stahlund Spiegeleisen für die Zeit vom 1. bis 7. August wie folgt festgesetzt: Siegerländer Stahleisen 34 091 000 M., Spiegeleisen 8- und 10proz. 36 742 000 M.

Interessengemeinschaft Henschel—Lothringen—Essener Steinkohlen. Die Aufsichtsräte der Bergbau-A.-G. Lothringen, Hannover, und der Essener Steinkohlenbergwerke beschlossen, die Einberufung von außerordentlichen Generalversammlungen ihrer Gesellschaften. Diese sollen ihre Zustimmung erteilen zur Abänderung des seit 2 Jahren bestehenden Interessengemeinschaftsvertrages zwischen Bergbau-A.-G. Lothringen, Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. und Henschel & Sohn, G. m. b. H. Kassel, da durch jetzige enge Zusammenschluß der drei Gesellschaften nicht als zweckmäßig erwiesen hat. Die Auseinandersetzung erfolgt in der freundschaftlichsten Weise auf Grund eines bereits aufgestellten und von den Aufsichtsräten angenommenen Planes durch die Verwaltungen. Die Gesellschaften werden auch nach Auseinandersetzung des Gemeinschaftsvertrages noch in zahlreichen Unternehmungen, an denen sie sämtlich durch Aktienbesitz beteiligt sind, gemeinsame Interessen haben.

Anton & Alfred Lehmann A.-G., Berlin-Niederschöneweide. In einer kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, das gegenwärtig nom. 20 Mill. M. betragende Aktienkapital um 20 Mill. M. auf 40 Mill. M. zu erhöhen. Von den neuen Aktien sollen 5 Mill. M. den alten Aktionären im Verhältnis von 4:1 zu einem von der G.-V. zu beschließenden Kurse angeboten werden. Gleichzeitig soll das Stammrecht der bestehenden 1 Mill. M. Vorzugsaktien verdoppelt werden.

Zückergesamter Kapitalsherabsetzungantrag. In der a.-o. G.-V. der Fafnirwerke A.-G. in Aachen, in der das gesamte Vorrechtsaktienkapital und 6719 Stammaktien durch 8 Aktionäre vertreten waren, wurde vom Vorsitzenden der Antrag auf Erhöhung des Kapitals um 16 Mill. M. zurückgezogen, da seit der Einberufung der Versammlung die Verhältnisse sich so geändert hätten, daß eine erhebliche Verwährung der Betriebsmittel durch diese Erhöhung nicht erreicht werden könne. Ferner wurde der zweite Antrag, den 1 Mill. M. Vorzugsaktien mit 20facham Stimmrecht ausstatten sollte, zurückgezogen. Die Verwaltung behält sich vor, zu gegebener Zeit neue Anträge auf Kapitalserhöhung vorzulegen. Die Bezüge des Aufsichtsrats wurden auf 250 Goldmark pro Jahr und 500 Goldmark für den Vorsitzenden festgesetzt.

Norddeutsche Union-Werke, Werft-, Maschinen- und Waggonbau A.-G., Hamburg. Zu der von uns bereits gemeldeten Kapitalserhöhung der Gesellschaft berichtet uns unser Hamburger Korrespondent noch, daß der Erlös aus den Aktien insbesondere zur Bezahlung der neuen Cuxhavener Werftanlagen der Gesellschaft dienen soll, in welchem auch die der Gesellschaft bereits gehörige Schwimmdock aufgestellt wird. Ehrhardt und Sehmer hat die Gesellschaft bereits aus eigenen Mitteln gedeckt. Die näheren Ausgabebedingungen für die jungen Aktien sollen mit Rücksicht auf die Aktionärbewahrungen der G.-V. vorbehalten bleiben. Voraussichtlich werden die Aktionäre auf jede alte eine neue Aktie zum Bezuge angeboten erhalten.

Verwähler Portland-Zementfabrik Planck & Co., A.-G., Hannover. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, einer a.-o. G.-V. eine Erhöhung des Grundkapitals um nom. 2,36 Mill. Mark durch Ausgabe von 1800 Stück Stammaktien, auf den Inhaber lautend, über je 1200 M. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1922 an in Vorschlag zu bringen. Von gesetzlichen Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen, das übernehmende Bankenkonsortium aber verpflichtet, den Inhabern der bisherigen Aktien der Gesellschaft auf je 6000 M. alte Aktien 2400 M. neue Stammaktien zu einem noch zu bestimmenden Kurse anzubieten.

Ammendorfer Papierfabrik. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, aus dem Reingewinn der auf den 12. Oktober einberufenden G.-V. eine Dividende von 1100 pCt. (1. V. 40 + 20 pCt.) auf sämtliche Stammaktien vorzuschlagen. Ferner wurde genehmigt, daß die aus der letzten Erhöhung der Gesellschaft zugeflossenen Mittel teilweise dazu verwendet werden, um maßgebenden Einfluß auf die benachbarte Papier- und Cellulosefabrik Gebr. Dietrich G. m. b. H. Merseburg zu gewinnen. Durch diese Verbindung erhält Ammendorf eine gute Zellulosebasis. Weitere Mittel sind für diese Angliederung nicht erforderlich.

Dividenden.

Kraftwagen A.-G., Leipzig: 500 pCt. (i. V. 25).

Altenburger Glashütte A.-G.: 1000 pCt. (i. V. 20). Außerdem sollen die Aktionäre auf jede Aktie eine komplette Thermosflasche erhalten.

Trocken- und Futterwerke, Tasche: 500 pCt. (i. V. 20). Außerdem beantragt Kapitalserhöhung, deren Höhe noch nicht bekannt ist.

Nervöse Börsenstimmung.

Im Zeichen von Gerüchten schwächer.

Für die Berliner Börse charakterisierte sich der gestrige Tag infolge der gespannten innerpolitischen Lage, verschärft durch das Nichterscheinen der Zeitungen, als ein Tag wildester Gerüchte. Es ist unmöglich, an dieser Stelle auch nur einen Teil dieser Gerüchte wiederzugeben, zumal sich inzwischen herausgestellt hat, daß sie alle ins Reich der Fabel gehören. Naturgemäß drückte die katastrophale Notenknappheit und vor allem die völlige Schließung der Großbanken empfindlich auf die Börsenstimmung. Dazu kam, daß die starken Schwankungen am Devisenmarkt und besonders die Markbesserung in New York die Abgabeneigung stark erhöhten. Infolgedessen wiesen die Maklertafeln im Gegensatz zur Vorbörse zahlreiche — —Zeichen auf, und nur für einige wenige Spezialpapiere setzte sich die Aufwärtsbewegung fort. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß sich namentlich gegen Schluß der Börse am Bankaktienmarkt eine geradezu sensationelle Hausse entwickelte. Ihr sichtbarstes Zeichen war die Steigerung der Disconto-Kommanditanteile auf rund 17 000 000 pCt. Ueberhaupt trat im Verlauf der Börse, im Zusammenhang mit der leichten Befestigung des Devisenmarktes, eine allgemeine Beruhigung ein, und die Kurse konnten sich auf den meisten Marktgebieten wieder erholen. Die Umsätze blieben aber bis zum Schluß sehr gering.

Im einzelnen ist zu berichten, daß Montanwerte sich Kursverluste bis zu 3 Mill. pCt. gefallen lassen mußten, namentlich Hohenlohe waren nach der vorangegangenen Steigerung stärker gedrückt. Unter den chemischen Werten erlitten die Papiere der Farbengruppe Einbußen ebenfalls bis zu 3 Mill. pCt. In Maschinen- und Metallwerten gingen die Abschwächungen kaum über eine Million Prozent hinaus. Petroleumaktien waren einem Kursdruck von mehreren Millionen Prozent ausgesetzt. Von Transportwerten blieben Canada bei steigendem Kurse gefragt. Ebenso erhielt sich Kaufinteresse für Paketfahrt. Der Rentenmarkt zeigte im allgemeinen ein gut behauptetes Aussehen. Unnotierte Werte mußten sich ebenfalls der Abwärtsbewegung anschließen, für Api nannte man einen Kurs von 4,5 Mill. pCt. Von Kolonialpapieren notierten Diamonds 28 Mill., Salitrera 270 Mill. und Sloman mit 10 Millionen.

Bei der später einsetzenden Bankenhausse standen neben Disconto-Kommandit Commerz- und Privatbank, Darmstädter-Nationalbank, Mitteldeutsche Creditbank und Dresdner an der Spitze. Die Kurs[illegible]igerungen gingen zunächst bis zu 2 Mill. Prozent. Diese Bewegung [illegible]griff bald auf andere Märkte über, so daß namentlich Harpener, Rhein[illegible] Braunkohle und Caro recht beträchtliche Erholungen aufweisen kon[illegible]nten.

Am Kassamarkt hatten die Kurs[illegible]rungen noch die Oberhand.

Unnotierte Werte.

Notierungen in Tausend Prozent.

	10. 8.		10. 8.		10. 8.		10. 8.
Adler Kohle	5800	Dt.Webstoff	1500	Karstadt	850	J. Roth AG.	—
AG.f.Petr.-I.	4500	Dortm. Cem.	—	Koch Schiff	—	Ruhland W.	—
Allemania	800	DuxPorzell.	—	Köln-Lind.	3500	Schebera	1600
A. Hochbau	705	Elektr. Osn	575	Krügersh.	500	Schles-Trier	—
Alth. Amb. F.	—	Evaporator	700	Lerche&Nip.	525	Schwerdtfg.	—
Bayernw. Hz	—	Fraurth. Pz.	4500	Lichtenb. W.	1500	Jul. Sichel	5250
Beck. Kohle	8000	Frist. & Ross	—	Lloyd Dyn.	600	Steatit	—
Becker Stahl	8500	Getreide-C.	—	Manoli Zig.	1000	Stock & K.	700
Benz	2750	Glückauf B.	—	Martins&Bl	280	Stoewer Mot	1350
Bln.-Halbst.	—	Görlitz Ztrf	—	Meurer	350	Stralau Glas	—
Berlin Bed.	—	Grade-Mot.	650	Meyer Text.	353	Technik	310
Brand. Faßf.	975	David Grove	—	Mitteldtsch.	325	Teichgräb.	910
Brown Bov.	1400	Hannov. Kali	12000	Muldenthal	325	Terra-Film	400
Cellul. Hahn	4000	Hasse & Co.	—	Nation. Film	450	Thür. Uhren	—
ChemLübbe	—	Heinecke Ld	—	Nicolai Tr.	—	Tag	—
Christ & Un.	9000	Heldburg	14000	Nienbg. Eis.	—	Trierer Wlz	—
Dauerwsch.	250	Hintz Grün.	725	Niwe Zigar.	250	Tuchsch. Hlz	925
Dt. Erdöl	17500	Hochfreqn.	2700	Oehring. Bg.	—	Ufa	1350
Dt. Kol.-Ant.	—	Holzm. Glas	575	Olea	3000	Vema	900
Dt. Lastauto	—	Ipu	4000	Oswald Film	230	Vogtldr. & S.	—
Dt. Petrol.	6500	Kab. Rheydt	5750	Pomona	—	Warenkrdt.	295
				Pose	—	Zeitz chem.	5000

Zurückhaltung am Getreidemarkt.

Keine Preisnotierungen.

Nachdem an der gestrigen Produktenbörse die Preise eine nicht unbeträchtliche Abschwächung erfahren hatten, herrschte heute unter dem Einfluß der innerpolitischen Krise stärkste Zurückhaltung, die sich schon äußerlich in dem gestrigen Besuch der Produktenbörse ausdrückte. Die Lage war völlig unübersichtlich, Preise wurden infolgedessen nicht notiert.

Neue Erhöhung der Kalipreise. Die Sechserkommission des Reichskalirates beschloß die Erhöhung der Kalipreise um 381 pCt ab 11. August. Die Preise gelten, falls nichts Unvorhergesehenes eintritt, bis zum 19. August. Die Kommission tritt am 18. August erneut zusammen, um die Preise für die Zeit ab 20. August [illegible]festzusetzen. Für alle vom 9. August an bis auf weiteres zur [illegible] gelangenden Mengen Stickstoffdüngemittel Abendu[illegible] Preise für 1 kg Stickstoff: Schwefelsaures Ammoniak, gelten folgende [illegible]t gemahlen, 898 200 M., gedarrt und gemahlen nicht gedarrt und [illegible]moniak 898 200 M., Leunasalpeter (Ammonsulfatsalpeter) 906 100 M., Salzsaures A[illegible]Kaliammonsalpeter 898 200 M. Dmonsulfatsalpeter) 898 200 M., [illegible]r Kali im Chlorkalium jeweils neben kann der Kaligehalt mit den [illegible]h eines Aufschlages von geltenden behördlichen Preisen zuzüg[illegible] [illegible]lpeter 984 200 M., Kalkstickstoff 812 200 M.

Die fremde Währung in der systematischen Buchhaltung von Handel und Industrie

von Bücherrevisor Bruno Nitschke schafft Ordnung, Klarheit, Erleichterung für Chefs, Geschäftsführer und Buchhalter. Grundpreis 1 M., sofort 120000. Verl. Einschr. 3000 M.

Bücherrevis. Bruno Nitschke, Charlottenburg, Schillerstr. 53 und Lauerstr. 1. / Postscheck-Konto Berlin 145 7[illegible]3.

Amtliche Kurse der Berliner Börse vom 10. August 1923

Notierungen in Tausend Prozent.

Fortlaufende amtl. Notierungen.

Festverz. Werte		Einheitskurse Heute	Vortag
Dt. Goll.-Sch.	3500	3900	4100
dt. Sch. 16		—	—
do. A.-I.		—	—
do. 6-9 Ausg.		—	—
do. fällig 24		0,2	0,170
Reichs-A. 5	25	23	4
do. 4	65-70	65	65
do. 3½	50 52	52	50
do. 3	500	—	375
Pr. Sch. 24		—	—
do. 1.5.25		—	—
do. ausl.		—	—
Pr. Schatz 7-15		—	0,4
Pr. kons. Anl 4	32	33,5	32
do. 3½	27,5	25,5	29
do. 3	42-47,5	42	40
Bayer. St.-A. 4		—	—
do. 3½		—	—
Mazed. Gold 5	79000	7250	6400
Mex. Anl. 5	75000	78000	84000
do. 4½	75000	—	—
Mazed. Bew.		—	—
Oest. Sch. 14 4½	875	930	890
do. am. Eis.-A. 4	3000	700	1000
do. Silber		—	—
Türk. Gold-f.		—	—
Oestr. Kr.-R. 4	3500-3750	3000	3000
Türk. B.-E. 4	375-290	450	290
do. 4	15000-15900	15900	—
Türk. unf. 05 4		14500	15000